



Stützen der Rahr und Poehner. Ihr Geld steckt in den Dragesch- und Stahlhelmsorganisationen und bei jeder reaktionären Verschwörung sind als Geldgeber wie als Führer neben den Deutschnationalen die Leute der Deutschen Volkspartei beteiligt. Ist die Deutschnationale Partei die Partei der brutalen Gewalt, so die Deutsche Volkspartei die Partei der reaktionären Korruption. Und an der Spitze der Korruption der öffentlichen Meinung, der Vergiftung der politischen Kämpfe steht Stinnes, der Geldgeber und Herr der Deutschen Volkspartei. Muß ökonomisch die Macht des Stinnes gebrochen werden durch die Sozialisierung der Rahr, so muß sie politisch gebrochen werden durch die Ausschaltung und Bekämpfung der Deutschen Volkspartei.

Das erfordert nicht nur die Situation, dazu ist jetzt auch die Gelegenheit da. Gelingt es der Deutschen Volkspartei, jetzt Einsitz auf die Regierung und Anschluß an die bürgerlichen Koalitionsparteien zu gewinnen, dann bleibt sie intakt, dann reicht ihr Zusammenhalt aus, um die Krise zu überleben. Behandelt man aber die Deutsche Volkspartei als das, was sie ist, als die korrupte, deshalb aber nicht minder gefährliche Schwester der Deutschnationalen Partei, so wird die Krise, die in ihren eigenen Reihen besteht, verschärft und diejenigen Elemente, die die deutschnationale Gewaltspolitik und die eigene Korruption nicht billigen, werden von der Partei losgerissen. Die anderen müssen sich bekennen als das, was sie sind, als deutschnationale Reaktionäre.

Die Demokraten schaden also sich selbst, wenn sie gerade jetzt wieder der Deutschen Volkspartei nachlaufen. Sie verhindern damit nur ihren Zerfall, schmälern damit die Basis einer bürgerlich-republikanischen, nichtkonfessionellen Partei und damit die Grundlagen ihrer eigenen Entwicklung. Aber schließlich ist es nicht unsere Sorge. Wir haben nur darüber zu wachen, daß im Kampfe gegen die Reaktion nicht treulose Bundesgenossen und falsche Freunde akzeptiert werden. Das Auftreten der Deutschen Volkspartei seit dem Tode Erzbergers war auf Unterstützung der Deutschnationalen und auf Hemmung der Abwehr gerichtet und darnach müssen sie behandelt werden!

### Rappistenzentrale in Salzburg

Die „Süddeutsche Presse“, ein in München erscheinendes demokratisches Organ, richtet in ihrer Freitagausgabe an den bayerischen Ministerpräsidenten Rahr folgende Fragen: „Sind Herr von Rahr die Zusammenkünfte in Rosenheim bekannt? Weiß er, auf welche Weise die Herren Ehrhardt und Genossen die Einreise nach Bayern bewirkten? Kennt er ihre Degenerationen?“ Zur Erläuterung dieser Fragen weist das demokratische Blatt darauf hin, daß die aus Deutschland geflohenen Rappisten — Kapitänleutnant Ehrhardt, Oberst Bauer, Major Wischhoff, Hauptmann Pabst u. a. — in Salzburg eine Rappistenzentrale aufgeschlagen haben. Sie unterhalten mit der Organisation Kanzler, die jetzt ihren Sitz in Rosenheim hat, sehr enge Beziehungen und sind bei allen Sitzungen in Rosenheim anwesend, da sie diesen Ort von Salzburg aus in zwei Stunden erreichen können. Die letzte Sitzung hat am 27. August stattgefunden, an der außer den in Salzburg sitzenden Rappoffizieren der berüchtigte Oberst Rylander, Herr Kanzler und noch einige Herren „von einer anderen Organisation“ teilnahmen. Auch Sudendorff wurde in der Sitzung erwartet, er konnte aber nicht rechtzeitig erscheinen, da er von seiner norddeutschen Putschpropagandaarbeit noch nicht zurückgekehrt war. In der Sitzung in Rosenheim wurde die Ermordung Erzbergers, wie das demokratische Organ weiter berichtet, mit Genugtuung begrüßt, und es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die sozialistischen Arbeiterkreise in der Erregung über den Mord sich zu Gewalttaten hinreißen lassen. Die bewaffneten Hilfskräfte der Konterrevolution sollten dann einschreiten, und man glaubte, auf diese Weise den Schlag gegen die Republik führen zu können.

Soweit das demokratische bayerische Organ, dessen Informationen zweifellos auf Tatsachen beruhen. Die an den Ministerpräsidenten Rahr gerichteten Fragen werden selbstverständlich nie beantwortet werden. Wir wollen deshalb unsererseits die Fragen beantworten. Herr Rahr sind die Zusammenkünfte in Rosenheim selbstverständlich bekannt. Denn Rahr kennt Herrn Poehner, und Herr Poehner weiß als Münchener

### Die Tribüne

#### Der Wettlauf mit dem Schatten

Wie schwer, wie furchtbar schwer ist es doch, ein Drama zu schreiben. Unter den Persönlichkeiten, die in Deutschland tief und ernst um das Wesen des Dramatischen ringen, steht Wilhelm von Scholz mit an erster Stelle. Und nicht nur das. Scholz krebt auch noch einer im Geistes-Religions mündenden Weltanschauung. Er bemüht sich tief, angestrengt ein Dichter zu sein. Und doch nützt alle Mühe dem nichts, der nicht von Natur die Gnade hat. Ob Scholz Gedichte oder Erzählungen, Dramen oder Essays schreibt, in allem steht ein höherer, Probleme kennender und vertiefter Geist, aber wie wenig, wie schrecklich wenig Magie, Leben und Licht geht von seinem Schaffen aus. Es ist grau und welenlos, kein Wort haftet im Leser, im Hörer. Es ist letzten Endes Fleiß, Arbeit, Klugelei. — Dichtung ist es sicher nicht.

„Der Wettlauf mit dem Schatten“ ist sein letztes Drama. Scholz beginnt sehr interessant. Ein Dichter hat an einem Vortragsabend einige Kapitel seines neuen Romans vorgelesen. Am nächsten Morgen meldet sich bei ihm ein junger Mann, der von sich sagt, er, äußerlich und innerlich, sei bis ins Letzte im Romanhelden porträtiert, woher kennt der Dichter ihn, sein Leben, sein Schicksal. Wirklich, woher kennt er es? Zwei Möglichkeiten sind da: eine natürliche — der Dichter hat von einer dritten Person alles erfahren; eine dämonische: es gibt auf der Welt zwei ganz gleiche Wesen, eins, das lebt, eins, das stirbt. Der Dichter „erachtet“ hat. Keines von beiden ist der Fall. Die Frau des Dichters wurde einmal von einem Mann geliebt, und diesen Mann hat der Dichter durch tiefste, feinstufige Anstrengungen in seinem Geiste bis zur vollkommenen Ähnlichkeit wiederhergestellt. Das Werk hebt also mit einem problemreichen Konflikt an. Vielleicht hat Scholz den Fall erlebt, vielleicht hat er ihn erfunden — in jedem Fall ist der Gedanke wert eines großen Dichters. Aber Dichten heißt eben gestalten, aus dem Gedanken eine lebende Welt schaffen, und Scholz hat hier vollkommen versagt. Was möglich beinahe, wird als pedantisches Rechenrezept durchgeführt. Der Dichter geht, erregt durch diesen Versuch, aufs Land, den Roman zu beendigen, und währenddessen sehen wir im zweiten Akt, wie der Fremde die Frau des Dichters, die er noch immer liebt, in seinen Bann zieht, um sie zu küssen und dann zu erschlagen. Und alles, was geschieht, schreibt der Dichter inwischen wie ein Fernseher als Fortschreiten seines Romans mit allem Hin und Her nieder, und Scholz tut sich besonders darauf an, daß der Dichter erst die Frau erschlagen läßt — während der Fremde dies will — und schließlich diesen Schluß ändert, sowie der Fremde diese Absicht aufgeben hat. Aus einem unmittlichen Einfall ist so eine theatrale Überhöhung geworden. Und das ist das Merkwürdige an dem Fall: Als Kritiker und Dramatiker würde sich Scholz nicht genug über eine so mißratene Entwicklung wundern; als Dichter fällt er in alle Kellen hinein, die die Muse für schlechte Dichter vordereitet hat. Der Geist genügt eben nicht für das Drama — die Schwierigkeit aller Kunst-

Polizeipräsident sehr gut, wie man Rappisten gefällige Ausweise verschafft und fleißig verfolgte Verbrecher auf ihrer Reise nach Bayern vor Verfolgungen schützt. Die gefälligen Legitimationspapiere sind selbstverständlich mit Hilfe von Behörden angefertigt worden. Derlei Dinge können in München jederzeit angefertigt werden; einem Rechtsputzschiffen stehen sie duhungsweise zur Verfügung.

Bei dieser Gelegenheit ist es wertvoll, daran zu erinnern, daß wir vor einigen Tagen geschrieben haben, die Rechtsputzschiffen wären klüger geworden. Sie würden nicht von sich aus zum offenen Angriff übergehen, sondern die Arbeiterkraft zu Gewalttaten verleiten, um dann als Retter auf den Plan zu treten und unter dem Vorwand, den Bolschewismus zu bekämpfen, den Generalstreik gegen die Republik zu führen. Was wir damals geschrieben, wird heute durch das Münchener demokratische Organ bestätigt. Im Zusammenhang damit wird es auch erklärlich, daß es bei den Demonstrationen gegen die Reaktion in vereinzelten Fällen zu Ausschreitungen gekommen ist, die von der Arbeiterkraft nicht gebilligt werden können. Wir wissen nun, wer die Urheber dieser Ausschreitungen sind. Es sind die Spitzel der Konterrevolution, die die Gewalttate begehen. Und deshalb ist es doppelte Pflicht der Arbeiterkraft, die Augen offen zu halten. Nicht die Reaktion darf den Gesetzen des Handelns vorzeichnen, sondern die Reaktion muß sich den Gesetzen der Arbeiterkraft fügen.

### Ein Fehltriff

Zwei kommunistische Blätter, das in Halle und das in Frankfurt a. M., sind auf 14 Tage verboten worden. Die Begründung für Halle lautet:

Der erste genannte Artikel enthält unwahre Angaben über Zusammenziehung von Kräften der Schutzpolizei mit dem vorbereitenden Zweck, die Republik von rechts zu stürzen und forderer zum Kampfe auf.

Der zweite Artikel sticht von Beschimpfungen der Regierung, verhöhnt und beleidigt verfassungsmäßige Organe und Einrichtungen des Staates, wodurch sie verächtlich gemacht werden. Beide Artikel sind geeignet, den inneren Frieden des Reiches zu gefährden.

Für das Frankfurter Verbot wird folgender Grund angegeben: „Ich verbiete den „Kommunist“ wegen seines Leitartikels vom 31. August, der schwere Beschimpfungen des Reichspräsidenten enthält, für die Dauer vom 5. bis 18. September.“ Wir kennen die Artikel nicht, und es ist schon möglich, daß da allerhand Unfug zusammengeschmiert worden ist. Auch läßt es kommunistischen „Kindschöpfen“, die ja jetzt nach dem Ausschluß aller anderen auf dem letzten Parteitag ganz unter sich sind, schon ähnlich, daß sie abstrahlend provozieren, um sich ein billiges Martyrium zu verschaffen und die Regierung zu diskreditieren. In der Richtung dieser „Taktik“ liegt es ja auch, daß die kommunistische Presse in den letzten Tagen gegen die sozialistischen Parteien loszugehen beginnt.

Trotzdem halten wir die Verbote für einen Mißgriff. Es handelt sich bei der Anwendung der Verordnung nicht um eine formal juristische Auslegung, sondern um eine Notwehr der Republik gegen die Reaktion. Zudem man die kommunistischen Schreibereien ernst nimmt, verleihet man ihnen nur größere Bedeutung und erzeugt vor allem das Mißtrauen in Arbeiterkreisen, daß die Verordnung schließlich in der Hand reaktionärer untergeordneter Organe gegen die Arbeiterbewegung mißbraucht werden könnte.

Es war sehr vernünftig, daß die Regierung als eine ihrer ersten Maßnahmen das Wiedererscheinen der verbotenen kommunistischen Organe in Ostpreußen gestattet hat. Die Wirkung wird aber aufgehoben, wenn man, wie das namentlich in Halle der Fall zu sein scheint, gleich nervös wird, wenn ein paar Kraftworte gebraucht werden. Dadurch entsteht keine „Gefahr“, denn der Feind steht jetzt rechts und nicht links.

Teuerungszuschläge für die preußischen Beamten. Der amtliche preußische Pressedienst teilt mit: Das Preussische Staatsministerium hat mit Zustimmung des Ständigen Ausschusses der Landesparlamentarier beschlossen, den preußischen Beamten die gleichen Teuerungszuschläge zuzulassen, die jüngst den Beamten des Reiches zugestimmt worden sind.

galtungen. Das meistert nur ein mit allen Dämonen der Seelenlennis begnadeter Dichter. Scholz ist das nicht, daher sind auch seine drei Figuren unwahrscheinlich in ihrer Klugheit und Begreifbarkeit, in ihren Effekten und Handlungen. Nach nicht ein kleiner Finger von ihnen ist Leben. Zum Schluß gibt es sogar ganz böse psychologische Taktlosigkeit, die bei einem guten Dichter unmöglich sind.

Das Stück hatte einen recht starken Erfolg, gerade weil es als Dichtung schlecht ist, weil Scholz das Problem nur zum Vorwand eines spannenden Theaterstückes nimmt. Aber so gute und geistreiche Theaterstücke haben wir schon lange nicht gesehen. Die Ausführung war klar im Geistigen, aber kläglich und aggressiv im Theatralischen. Horst hatte eine bleiche und suggestiv filmstarke, die tief in seine Augen und Fingerspitzen leuchtete. Er sprach manches ganz vorzüglich. Eise Deims war schön in einigen weiblich-hingebenden Augenblicken, aber in der großen Szene des 3. Aktes, aus der sich viel machen läßt, verlagerte sie ganz. Winterstein gab den Schriftsteller. Man glaubte ihm weder das Fern noch das Nahsehen, noch das Schreiben, nur die Grobheiten des Schlußes, in dem die Figur Elemente seines eigentlichen Rollencharakters enthält.

### Volkoperetten

#### Ein unerfülltes Versprechen

Herr Edi Winterfeld hat es unternommen, aus dem Reichstheater eine Volkoperette zu machen. Gute und bewährte Operette lautet kein Programm. Auch die Bezeichnung Volkoperette klingt programmatisch. Beides kann man sehr verschieden und sehr falsch auffassen. Mit der „Schönen Helena“ von Offenbach wurde am Donnerstag eröffnet, und diese Aufführung ließ die Erwartung zu, daß das programmatische Versprechen auf anständige Weise erfüllt werden würde. Was Herr Winterfeld aber so mit der einen Hand gab, nahm er mit der anderen: er und sein Oberregisseur Reiser brachten es, unter Mitwirkung des Kapellmeisters Schult, fertig, das seine und reizende alte Stück ganz nach der Weise der alternativen und allerdinglich Berliner Operettenschlager zu spielen. Auch das ist ein Kunststück, aber ein zweifelhaftes. Auch sonst war vieles zweifelhaft und manches zum Verzweifeln. Gut war nur Reiser als Menelaus (ein paar Worte weniger würden ihm noch besser stehen), alles andere war — lagen wir es gelinde: gerade noch Durchschnitt. Vor allem hatte anheimelnd kein einziger der Mitwirkenden vom wesentlichen Geist der Offenbachschen Operette, noch ihrem feinen parodistischen Geist auch nur einen Hauch verstanden. Also konnte auch das Publikum nichts davon gewahrt werden, und so schwamm es abnungslos in allen Wogen der tagesüblichen Amüsierkunst. Das „zahlreich anwesende Volk“ trug also keinen Gewinn davon. Vom Volk scheinen Winterfeld und die Seinen übrigens auch nicht mehr als das hüßlich (gelegentlich auch zu Gelächern) mißbrauchte Wort zu kennen. Eine Fäulnis von plumpen Witz ist keine Volkstümlichkeit, meine Damen und Herren — am wenigsten dann, wenn die Witze von einem ungeübten Dicken

### Wo kommt das Geld hin?

#### Die Mißstände bei der „Oberschlesien-Hilfe“

Die Verwaltung der „Oberschlesien-Hilfe“ erließ vor kurzem in der Presse eine Rechtfertigung gegenüber den vielfachen Gerüchten, die über die Verwendung der ihr zugewiesenen Gelder in der Öffentlichkeit aufgetaucht sind. Trotz dieser Rechtfertigung werden fortgesetzt neue Vorwürfe erhoben. So schreibt das Hamburger „Abendblatt“:

Wir richten an die Hamburger Verwaltung der Oberschlesien-Hilfe die Aufforderung, Mißstand und Klar zu erklären, was mit den für Oberschlesien gesammelten Geldern geschehen ist. Nach gemessenermaßen haben die Flüchtlinge bisher wenig oder gar nichts erhalten, sondern sind immer noch auf die private Wohlthätigkeit angewiesen. Die in einigen Nordseebüderna gesammelten Gelder für Oberschlesien, so in Vorkum, wanderten nicht in den allgemeinen Oberschlesienfonds ab, sondern verschwanden in den Taschen rabaulkiger ehemaliger Offiziere, die an den Prügeleien anlässlich der Fahnenaffäre in Borkum beteiligt waren. Ein Mitglied unserer Redaktion kann unter Eid bestätigen, daß von den Oberschlesien-Geldern ein Teil an die immer noch nicht aufgelösten Selbstschutzorganisationen abgeführt worden ist, jenseits der die Stütze gefährlicher nationalkämpferischer Kreise im ganzen Reich bilden.

Das sind ganz positive Anklagen, die die offiziellen Erklärungen der Oberschlesien-Hilfe in ein recht fragwürdiges Licht stellen. Das wäre ja die Höhe, wenn Gelder, die z. T. auch von Stadtverwaltungen bewilligt wurden, in die Taschen der Orgeleule fließen. Hier ist restlose Aufklärung dringend nötig. Und zwar genügt uns nicht eine neue Rechtfertigung der Leitung der Oberschlesien-Hilfe, sondern die Regierung hat die Pflicht, sich um die bei dem ober-schlesischen Hilfswerk offenbar bestehenden Mißstände zu kümmern. Wir machen auch die Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf diese Tatsachen aufmerksam und hoffen, daß er von seiner Seite alles tun wird, damit die gesammelten Gelder, unter denen sich zahlreiche Arbeitergroßen befinden, an die richtige Stelle kommen.

### Die Sinnfeiner lehnen ab

#### London, 4. September. (Reuter.)

Die Sinnfeiner haben die Friedensvorschläge Lloyd Georges abgelehnt.

Die irische Antwort, die heute abend bekanntgegeben worden ist, erklärt, daß das Volk Irlands keine freiwillige Union mit England anerkenne und das fundamentale natürliche Recht in Anspruch nehme, frei für sich selbst zu wählen, um sein nationales Geschick zu verwirklichen. Die Iren hätten sich mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit ihrer Republik erklärt und diesen Entschluß mehr als einmal bestätigt. England handle, als ob Irland durch Abschluß einer Union mit ihm verbunden wäre, die eine Trennung verbiete. Gestützt auf diese Theorie nähmen Regierung und Parlament in England das Recht in Anspruch, für Irland zu herrschen und ihm Gesetze zu geben, selbst bis zu dem Grade, daß sie das irische Gebiet gegen den Willen des Volkes teilen und jeden irischen Bürger, der die Untertanenpflicht ablehne, töten oder ins Gefängnis werfen.

Es heißt dann weiter in der irischen Antwort, daß die Iren die ihnen am 29. Juli übermittelten englischen Vorschläge, die in fundamentaler Weise auf dem englischen Standpunkt beruhen, unumkehrlich ablehnten. Sie besagt zum Schluß, daß es den Iren gestattet sein müsse, die hauptsächlichsten historischen und geographischen Tatsachen vom irischen Standpunkt aus zu betrachten. Sie seien damit einverstanden, daß ein neutraler und partieller Schlichter zwischen Irland und England entsende. Die Iren würden nur Widerstand leisten, wenn die Engländer damit drohten, ihren Standpunkt mit der Gewalt zu unterstützen. Drohungen mit der Gewalt müßten ausgeschlossen werden, um es zu ermöglichen, daß Bevollmächtigte zusammenzutreten, die durch keine Bedingungen behindert würden, außer durch die Tatsachen selbst. Die Bevollmächtigten müßten willens sein, die Streitpunkte nicht durch einen Appell an die Gewalt zu lösen, sondern durch Bezugnahme auf einen leitenden Grundsatz, über den gemeinsames Einverständnis herrsche. Die Iren schlägen als Grundsatz vor: „Eine Regierung mit Einwilligung der Regierten“, den die Engländer immer als einen speziell englischen Standpunkt für sich in Anspruch nähmen. Dieser Grundsatz sei die einzige Grundlage für die Beratungen der englischen und der irischen Vertreter. Auf dieser Grundlage sei Irland bereit, sofort Bevollmächtigte zu ernennen.

Bonzen vorgetragen werden, der nur irrtümlicherweise den griechischen Namen Kalchas angenommen hatte. Wir erwarten in allen diesen Punkten für das nächste Mal erhebliche Verbesserungen. Den Willen dazu sehen wir vertrauensvoll voraus. R. S.

Fortschritte der Krebsbehandlung. Als man dazu überging, die Röntgenstrahlen in den Dienst der Heilkunde zu stellen, hoffte man, mit ihrer Hilfe insbesondere der furchtbaren Krebskrankheit Herr werden zu können. Diese Hoffnungen haben sich leider nicht erfüllt, da die Röntgenstrahlen mehr an der Oberfläche als in der Tiefe wirken und daher nur ausnahmsweise die Krebskeimherde im Innern des Körpers erreichen. Viele Ärzte machten sogar die Erfahrung, daß die Krankheit unter Umständen schneller um sich griff, wenn Röntgenstrahlen angewendet wurden, als ohne sie. Dem Direktor der Erlanger Frauenklinik, Prof. Wink, ist es nun gelungen, durch besondere Vorrichtungen eine Tiefenwirkung der Röntgenstrahlen bis zu zehn Zentimetern zu erreichen, wobei, wie berichtet wird, ein volles Fünftel ihrer Aktivität erhalten bleibt, was verhältnismäßig sehr viel ist, da die Minderung der Aktivität unter Anwendung der bisherigen Methoden bedeutend größer war. Das neue Verfahren, bei dem die Verwendung der sogenannten Gamma-Strahlen und sehr hoher elektrischer Spannungen (200 000 Volt) das Wichtigste ist, ermöglicht in den meisten Fällen den Verzicht auf operative Eingriffe. Voraussetzung ist hierbei allerdings, daß die Krankheit in einem sehr frühen Stadium erkannt und sofort mit aller Energie behandelt wird. Unter dieser Einschränkung, die allerdings um so lässiger ins Gewicht fällt, als es noch nicht gelungen ist, sichere Verfahren aufzufinden, die es gestatten, das Vorhandensein von Krebsherden im Organismus bei ihrem allerersten Auftreten nachzuweisen, können die Erfolge von Prof. Wink als hoffnungsvoll bezeichnet werden. Im Zeitraum von etwa drei Jahren ist es ihm gelungen, von sechshundert Fällen bei Unterleibstreb 80, bei Brustkrebs 75 zur Heilung bzw. zum Stillstand zu bringen. Bei einer Krankheit, die oft so tödlich und schleichend verläuft, läßt sich Abschließendes aber erst nach weitaus längerer Beobachtungsbauer sagen. Jedenfalls sollten die Wink'schen Apparate in allen Krankenhäusern eingeführt werden, da sie nach allem, was auch nicht den entscheidenden, so doch einen sehr fühlbaren Fortschritt bedeuten.

Fortschritt des Sortimenterzschlags. Nachdem bereits durch Beratungen zwischen dem wissenschaftlichen Verlag und dem Eigentümer der Teuerungszuschlag auf das wissenschaftliche Buch gefallen ist, haben die neugegründete Arbeitsgemeinschaft literarischer kultureller Verleger und die Vereinigung schönwissenschaftlicher Verleger mit einer Gruppe großer, angesehener Buchhändler in Berlin und im Reich den Fortschritt des Sortimenterzschlags verband Deutscher Schriftsteller bittet das hiesige literarische Publikum, diese Vorschläge zur Wiederherstellung des festen Ladenpreises, der Grundlage einer gefunden und kulturellen Buchhändlerischen Preispolitik, in weitestem Maße beim Einkauf der Bücher zu unterstützen.

# Die Gerichtskomödie in der Dunkelkammer

Wir haben schon sofort nach dem Abschluß des Prozesses gegen Dr. Wynneken unsern Mißfallen über das Urteil Ausdruck gegeben. Wir müssen aber von neuem darauf zurückkommen, damit der merkwürdige Fall im Urteil der sonstigen Ereignisse nicht in Vergessenheit gerät. Wynneken ist bereits seit vielen Jahren Leiter der Schule in Widdersdorf, und seine Lehrmethode war von jeher die gleiche, die heute noch dort ausgeübt wird. Der Versuch Wynneken's erregte zwar sofort Aufsehen, und die Ältesten und gräuelsten Schulfische ließen es wohl auch an Verdächtigungen der neuen Methode nicht fehlen, aber im allgemeinen wurde Wynneken's Unternehmen als das interessante Experiment einer eigenartigen Persönlichkeit betrachtet, und man ließ es passieren. Seitdem indes durch die Revolution auch die grundlegenden Reformen der Schule größere Aussicht auf Verwirklichung bekommen hat, schließt Wynneken den Schulgängen und allen anderen Reaktionen pöflich als ein revolutionärer Vorkämpfer und wird von ihnen genau so behandelt, wie andere revolutionäre Führer. Das heißt, er wird mit Verleumdungen verfolgt. Nachdem er viele Jahre hindurch unbeantstand im innigsten Verkehr mit seinen Schülern gelebt hat, entdeckt man plötzlich in diesem Verhältnis unsittliche Elemente.

Und nun scheint sich auch wirklich ein Gericht gefunden zu haben, das der auch gegen Wynneken gerichteten beherrschenden Wirksamkeit der Reaktionen keinen genügenden Widerstand entgegenzusetzen vermochte. Wir wissen, was wir von unserer Justiz zu halten haben, und wir wissen, was jemand von ihr zu erwarten hat, der im Verdacht „revolutionärer Umtriebe“ steht, vor ihren Schranken erscheint. Niemand weiß genau, warum Wynneken verurteilt worden ist, denn das Gericht verhandelte sich zwecks Erledigung dieses Prozesses in eine Dunkelkammer. Weder die Advokaten des Staatsanwalts noch des Verteidigers, noch die Begründung des Urteils ist der Öffentlichkeit bekannt geworden. Es ist ein lächerlicher Anflug, zu behaupten, daß hierdurch die Sittlichkeit gefährdet worden wäre. Wir entscheiden in diesen Magnahmen des Gerichts einen Mißbrauch des Rechts, die Öffentlichkeit auszuschließen, und schon dieses Benehmen der Richter sollte ein genügender Anlaß sein, eine Revision des Urteils herbeizuführen. Auch ein Teil der bürgerlichen Presse verurteilte dieses Verfahren, und das „Berliner Tageblatt“ erklärte mit Recht, daß gerade bei der Bedeutung der Persönlichkeit Dr. Wynneken's und seines Erziehungswerkes die Öffentlichkeit ein Interesse an einer vollen Aufklärung über die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen hat.

Auch die Erklärung, die die 15 Mitarbeiter Wynneken's abgegeben haben, läßt die Vermutung gerechtfertigt erscheinen, daß hier ein tendenziöses Fehlurteil vorliegt. Die Lehrer in Widdersdorf, die Wynneken genau kennen, erklären, daß die gegen Wynneken vorgebrachten Tatsachen den Glauben an seine Reinheit nicht zerstören können, und sie fordern deshalb sein Verbleiben als Leiter in Widdersdorf.

## Rosa Luxemburgs literarischer Nachlaß

Von der Genossin Mathilde Jacob, die wir seit Jahren als treue, opferwillige Parteigenossin kennen, wird uns geschrieben:

In der „Roten Fahne“, Abendausgabe vom 25. August, heißt es in dem Parteitagbericht unter anderem:

„Bezirksparteiag Berlin-Brandenburg beauftragt die Zentrale, sofort an die Herausgabe der Schriften Rosa Luxemburg's zu gehen.“

Die Zentrale spricht sich für die Annahme dieses Antrags aus, aber die praktische Ausführung wird wahrscheinlich daran scheitern, daß der Nachlaß Rosa Luxemburg's sich in den Händen eines Fräuleins befindet, die durch Bruch der Parteidisziplin nicht mehr zur Partei gehört. Es ist fraglich, ob sie das Material an uns herausgeben wird. Wir werden versuchen, das Material zu bekommen, um den Antrag verwirklichen zu können.“

Der Leitung der B. K. V. D. ist bekannt, daß fast alle schriftlichen Aufzeichnungen von Rosa Luxemburg nach ihrer Ermordung zerstört worden sind. Sie hat trotz meines häufigen Drängens niemals versucht, diesen gestohlenen Schriften nachzuweilen.

Aber wer die Methoden der B. K. V. D. kennt, der kann nicht einmal wünschen, daß ihr die Veröffentlichung der Schriften Rosa Luxemburg's überlassen werden. Der einfache Nachdruck der Juniusbrochüre durch die B. K. V. D. ist mit Druckfehlern und der Entstellungen behaftet. Die Akkumulation des Kapitals oder der Epigonen aus der Marx'schen Theorie gemacht haben“, eine Antikritik von Rosa Luxemburg, kam demart aus dem Druck, ein Antikritik sich bemüht, läßt, auf das Titelblatt zu schreiben: „Die Akkumulation des Kapitals oder was die B. K. V. D. aus der Marx'schen Theorie gemacht hat!“ Wir Freunde Rosa Luxemburg's mühten uns energisch gegen die Herausgabe zur Wehr setzen. Jetzt liegt das Werk — nach über zwei Jahren — wiederum im Reindruck vor, ohne jedes Wort der Herausgeber. Wer könnte es auch schreiben?

Und da rufe ich mit Recht aus: Ihr Offensiver, ihr mögt dem Wort Offensiver jeden Sinn, der euch beliebt, unterlegen, aber — Hände weg von Rosa Luxemburg!

Viele Protestanten werden wohl verwundert gefragt haben, wer wohl das „Fräulein“ sein mag, die Rosa Luxemburg's Vertrauen in so hohem Maße besaß, daß sie sogar zur Hüterin ihrer geistigen Hinterlassenschaft bestellt wurde. Es widerspricht mir, von mir selbst zu sprechen. Ist es doch so selbstverständlich, daß man keine Schuldigkeit tut und sie weiter tut.

Ich marichierte als einfacher Soldat im Spartakusbund, aber ich habe nie den Kampfesmut verloren, ich habe nie die Arbeit im Reich gelassen wie so manche der Offiziere, die heute in der Zentrale der B. K. V. D. sitzen. Ich arbeitete vor dem Kriege lange Jahre hindurch mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, lange Jahre hindurch mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, langem Wehring und vielen anderen. Ich leistete in der schwierigsten Zeit während des Krieges ein freiwilliges freiwilliges Soldatendienst. Denn der Spartakusbund hatte keine Mittel, und wir alle, die wir in ihm kämpften und arbeiteten, opfereten unseren letzten Pfennig und unsere äußerste Kraft. Es war eine erhebliche arbeitende Arbeit als heute. Wir kamen nicht auf Festung! Wir wanderten in die Gefängnisse, in die Zuchthäuser.

Wie schwierig war es, die Beiträge für die Spartakusbriefe zu bekommen! Wer schrieb außer Rosa Luxemburg für die Spartakusbriefe? Alle Mitteilungen hierfür gingen durch meine Hände, und neben ganz winzigen Beiträgen von anderer Seite schrieb auch Rosa Luxemburg nur — der „Opporunist“ Paul Levi. Er schrieb aus dem Schützengraben, aus der Garnison. Damals gab sich nicht einmal einer zur Postadresse her!

Heute haben ungeheuer viel ihr revolutionäres Herz entdeckt und sprechen von mir als „Fräulein“. Aber weshalb bin ich für diese „Fräulein“ und nicht mehr Genossin? Wahrscheinlich, weil ich die Zeitschrift Paul Levi's „Unser Weg“ verantwortlich zeichnete. Ich besaß mich ganz offen zur Richtung Levi, aber ich hatte nicht den anderen Genossen ein Recht darauf, meinen Ausschluß und seine Gründe zu erfahren. Nun, trotz Ausschluß und trotz

allem, ich bin kein schlechterer Genosse geworden, wohl aber werde ich manchem „Genossen“ gelegentlich mal die „Levitin“ lesen.

Wahrlich, wäre es nicht so traurig, es wäre zum Lachen, daß diese Zentrale der B. K. V. D. sich als geistige Erbin Rosa Luxemburg's aufspielt.“

## Vom Sterbelager des Kommunismus

Die österreichischen Kommunisten sind in argen Geldverlegenheiten. Die „Rote Fahne“ mußte, da die Schulden von etwa einer Million nicht gezahlt werden konnten, in eine andere Druckerei übersiedeln und erscheint seit letzten Samstag bloß vierseitig. Die „Rote Fahne“ hat nunmehr auch die ihrer geradezu grotesken redaktionellen Unfähigkeit entsprechende äußere Ausstattung.

Auch die sozialdemokratische Presse hatte in ihren Anfängen mit großen materiellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Während aber die Sozialdemokraten in jäher Arbeit ihre Organisation ausbauten und damit zugleich ihre Presse kräftigten, glaubte man in Moskau, daß es genüge, Geld nach Oesterreich zu senden, und die so erzeugte Treibhauspflanze weiterleben werde. Heute, wo der Geldstrom aus Moskau nicht mehr weiter fließt — vermutlich weil die Resultate in Oesterreich allzu kärglich waren — stehen die Kommunisten plötzlich vor der nie vorgestellten Notwendigkeit, ihre „Partei“ durch eigene Kraft erhalten zu müssen. Ihr Parteivorstand gesteht heute in einem Aufruf ein, was er kindischerweise so oft abzuleugnen versuchte: „Die kommunistische Partei Oesterreich's wurde bis jetzt in erheblichem Maße erhalten durch die Unterstützungen der Dritten Internationale“. Die „eigene Kraft“ soll nun hergestellt werden durch eine Preiserhöhung der „Roten Fahne“ um 50 Prozent und die Otkonierung einer außerordentlichen Parteisteuer und einer „dauernd laufenden obligatorischen Parteisteuer“, die neben dem Parteibeitrag zu leisten ist und in der Höhe bis zu 30 Kronen monatlich vorgeschrieben wird. Allzu große Hoffnungen scheint man bei den Kommunisten auf die „eigene Kraft“ allerdings nicht zu haben, denn in dem Aufruf klingen recht pessimistische Töne durch: es wird da eben von jenen gesprochen, die „die kommunistische Partei aufgeben“ wollen! Sie werden damit sicher recht haben. Wenn einmal die ökonomische Basis Moskaus seht, wird von dem künstlichen Zwerggebäude der kommunistischen Partei Oesterreich's bald nicht mehr viel übrig sein.

In Deutschland liegen die Verhältnisse in Wirklichkeit auch nicht anders, nur mit dem Unterschied, daß die Moskauer Subsidien noch sehr reichlich fließen. Sie werden fortgesetzt, obwohl die ganze Welt Geld sammeln muß, um die Hungersnot zu lindern. Die Moskauer Zahlungen an die ausländischen kommunistischen Parteien stellen sich so als Raub an dem russischen Volke dar und es gehört schon eine besondere Robustheit dazu, diese Gelder anzunehmen. Aber was sollen die armen deutschen Kommunisten machen? Versteht der Geldstrom, dann wäre ja der Parteiapparat keinen Monat lang aus eigener Kraft aufrechtzuerhalten und der innere Zusammenbruch finde auch den äußeren Ausdruck.

## Der preussische Forstetat

Bei der Sonnabend-Beratung des Forstetats im Hauptauschuß des preussischen Landtags kam unser Genosse Klausner zum Wort. Er trat für bessere Entlohnung der Waldarbeiter und für genügende und bessere Wohnungen derselben ein. Desgleichen wandte er sich gegen die zu hohe Gebühr, welche für Erlaubnisgebühren zum Sammeln von Beeren, Pilzen und dergleichen erhoben wird. Besonders scharf wandte er sich gegen den Antrag der Deutschen Volkspartei, welcher verlangt, daß die Forstverwaltung Forst-arbeiterentlohnung in Zukunft nicht mehr selbst abschließt, sondern die von den Arbeitsgemeinschaften in den einzelnen Provinzen abgeschlossenen Tarife auch bei sich in Geltung bringen soll. Um den enormen Gewinnen einzelner Sägewerksbesitzer und Holzfirmen entgegenzutreten zu können, forderte unser Redner die Errichtung staatlicher Sägewerke und Holzbearbeitungsfabriken. An Hand reichhaltigen Materials konnte er den Beweis erbringen für die riesigen Gewinne, die von einzelnen Holzfirmen erzielt worden sind.

Der Abg. Braun (S. V. D.) wendet sich scharf gegen die Ausführungen des Abg. Weiser (Deutschnat.) sowie gegen die Redner der Deutschen Volkspartei, welche den früheren Landwirtschaftsminister angegriffen hatten.

Kein englischer Schritt in Sachen Wilhelm. Wir hatten in unserer Donnerstag-Abendausgabe die Meldung eines englischen Blattes wiedergegeben, die von einem Schritt der englischen Regierung bei der holländischen Regierung wegen der Ueberwachung des Erntesertrages berichtete. Wie nunmehr Reuters mitteilt, hat die englische Regierung gar keine Schritte unternommen. Sie betrachte den früheren Kaiser nicht mehr als politischen Faktor von Bedeutung. — Ganz unsere Meinung. Nur als Vorspann für die Umtriebe der deutschen Reaktionäre hat er allerdings noch Bedeutung. Aber das ist Sache der Deutschen, den Monarchisten das Spiel zu verderben.

Der Postkempel als Reklame. Das Stuttgarter Hauptpostamt hat zur Abkempelung von Briefen Reklamekempel benutzt, in denen auf den Kongress der Antropologischen Bewegung, der vom 28. August bis 7. September in Stuttgart laute, hingewiesen wurde. Das eröffnet nette Aussichten hinsichtlich des Reklamewesens in Deutschland. Vielleicht werden sich bei den nächsten Wahlen die Parteien um die Benützung dieser Propaganda reifen. Und wenn es dabei nach der Zahlungsfähigkeit geht, wird Stinnes sicher Sieger in der Befehung der Postkempel sein.

Der großbritannische Vorkämpfer Lord Aberdeen hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt der Vorkämpfer Adhison die Geschäfte der Vorkämpfer. — Der letztländische Vorkämpfer Dr. Wolf hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt der Erste Sekretär Kreminsch die Geschäfte der Vorkämpfer.

Der fünfte Zionistenkongress wurde Donnerstag mittig in Karlsbad durch den Vorkämpfer der Zionistenorganisation Soloway mit einer Ansprache in hebräischer Sprache eröffnet. Soloway sprach über die Errichtung eines jüdischen Nationalheims in Palästina und die Uebernahme des Mandats über Palästina durch Großbritannien, das sich verpflichtet habe, dort ein jüdisches Nationalheim zu errichten. Der Redner wies darauf hin, daß das Verhältnis zu den Arabern in Palästina besser werden müsse.

Der Krieg in Kleinasien. Griechischer Heeresbericht vom 30. und 31. August. Die griechischen Truppen sehen unter Kömpfen ihren Vormarsch jenseits der Linie Gordium-Polatly fort. Sie haben nacheinander diese besetzten Stellungen besetzt. Weiter südlich besetzten die griechischen Truppen das stark besetzte Koflu des Nilos-Dag und rückten in nördlicher Richtung vor. Im Osten wurde zunächst eine stark besetzte Linie bei Tamburakal eingekommen, wo die Griechen mit unvergleichlichem Heroismus (!) in einem Tag und Nacht während des Handgemenges und Handgranatentampfe kochten. Abdann rückten sie in nördlicher Richtung gegen den Berg Dida vor.

Die Kohlenförderung Frankreichs. Laut „Albert“ betrug die Kohlenförderung Frankreichs im ersten Halbjahr 1921: 13 487 125 Tonnen, die Kohlerzeugung 408 313 Tonnen und die Vorkämpfererzeugung 1 033 595 Tonnen.

# Groß-Berlin

## Die Verkehrsdeputation gegen die Erhöhung des Straßenbahntarifs

Die Forderungen der städtischen Arbeiter in Folge der großen Teuerungswelle drohen nicht nur eine Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität nach sich zu ziehen, sondern auch die Straßenbahn wird davon hart betroffen werden. Der Berliner Magistrat hat sich sehr eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt und, um einer allgemeinen Tarifierhöhung aus dem Wege zu gehen, beschloß, für die Zeit nach 10 Uhr abends einen Nachtarif einzuführen in Höhe von 1,50 M.; man glaubt damit auszukommen und die Mehrausgaben, welche durch die Lohnforderungen entstehen, decken zu können.

Die Verkehrsdeputation beschäftigte sich nun in ausgedehnter Sitzung mit der geschaffenen Lage. Den Nachtarif lehnte sie einstimmig ab, weil er unangemessen und schädlich ist. Es ist durch Zählungen festgestellt worden, daß die Fahrten nach 10 Uhr abends nur 7 Prozent des Gesamtverkehrs bilden, und daß die Erhöhung auf 1,50 M. ein Abwanderung um 20 Prozent zur Folge haben würde, so daß das Endergebnis voraussichtlich keine Mehreinnahme sein würde.

Da aber nach dem Grundzuge „Keine Ausgabe ohne Deckung“ verfahren werden muß, glaubte die Verwaltung der Straßenbahn sich die Aufgabe sehr einfach machen zu sollen, indem sie kurzerhand eine allgemeine Tarifierhöhung bis zu 30 Prozent vorschlug und die Sondertarife für die eingemeindeten Vororte (Spandau, Köpenick, Tegel, Heiligensee und Teltow) aufhebt.

Der Stadtbaurat Dr. Adler gab in seiner Begründung zunächst ein allgemeines Bild von der wirtschaftlichen Lage der Straßenbahn, welche einer allmählichen Gesundung entgegengeht, empfahl aber, wenn sich die Lage weiter bessern soll, die Annahme der vorgeschlagenen Tarife. Der technische Direktor, Herr Förster, ergänzte die Ausführungen, indem er darauf hinwies, daß sich in den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres die gesamte Lage der Straßenbahn gebessert hat, daß die Betriebsausgaben durch die Betriebseinnahmen gedeckt werden könnten, auch die weiteren Ergebnisse werden noch günstiger ausfallen. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß wenn für die neue Lohnzulage Deckung geschaffen werden soll, eine Tarifierhöhung nötig ist. Diese ist aber zu umgehen, wenn seitens der Elektrizitätswerte günstigere Stromlieferungsbedingungen geschaffen werden und die Abgabe von 2 750 000 M. monatlich an die Kammereilasse unterbleiben könnte. Aber auch an die Konkurrenzunternehmen müsse gedacht werden, da diese Tarifierhöhungen im gegenwärtigen Moment nicht mitmachen.

In der mehrstündigen Aussprache wurde zunächst von rechtssozialistischer Seite bemängelt, daß die gemachten Unterlagen nicht ausreichen, um ein Gesamtbild über die Lage der Straßenbahn zu erhalten, notwendig sei aber, daß diese sich mehr den Verkehrsbedürfnissen anpaßt. Da die Lohnerrhöhung eine Folge der Teuerung sei, werde man nicht umhin können, der Tarifierhöhung zuzustimmen, da sonst die Gefahr bestände, daß sie in einigen Monaten in viel größerem Umfange nachgeholt werden müßte. Zu bemängeln sei noch, daß sich mit der Lohnerrhöhung der städtischen Arbeiter diesmal nur eine Kommission des Magistrats unter Ausschaltung der Tarifkommission beschäftigt habe.

Von unabhängiger Seite wurde dargelegt, daß eine Regelung der Lohnfrage unbedingt notwendig ist, daß aber, um eine Ueberbrückung über die Lage der Straßenbahn zu gewinnen, die beigebachten Unterlagen nicht ausreichen; zweifellos geht aber aus diesem unzureichenden Material hervor, daß sich die finanzielle Lage der Straßenbahn erheblich gebessert habe. Scharf zu kritisieren sei auch die Ausführung der Ueberholungsbeiträge. Die Erhaltung des jetzigen Tarifs ist jedenfalls vorteilhafter, weil sie der Straßenbahn einen größeren Zuwachs an Fahrgästen bringen wird als eine geplante Erhöhung, die wieder eine ungeheure Abwanderung zur Folge haben wird. Es ist auch möglich, durch die Aufhebung der Abgabe an die Kammereilasse wie auch durch eine bessere Verteilung der Ueberholungsbeiträge die erforderlichen Mittel zu erhalten. Eine Zustimmung zur Tarifierhöhung ohne genauere Unterlagen sei jedenfalls nicht möglich.

Der Vertreter des Betriebsrates, der sich auf denselben Standpunkt stellte, wies noch darauf hin, daß die Straßenbahn wieder ein Ueberholungsbeitrag geworden sei, während der Vertreter des Kammerers auf der Abgabe an die Kammereilasse bestand. Von bürgerlicher Seite wurde darauf hingewiesen, daß man einer Tarifierhöhung so ohne weiteres nicht zustimmen könne, ehe nicht durch Magistrat und Stadtordnungsausschuß die Unterlagen genau geprüft sind. Die Abgaben an die Kammereilasse wurden auch für nicht stichhaltig befunden. Sturm ließen die Bürgerlichen allerdings noch gegen den Tarif, dessen Revision schon bei der letzten Tarifierhöhung versprochen worden ist, die aber erst zum 1. Januar möglich ist.

Die Verkehrsdeputation war sich darin einig, daß sie unter den gegenwärtigen Umständen einer Erhöhung der Tarife nicht zustimmen könne, da die Gefahr der Abwanderung auf andere Verkehrsmittel eine sehr große ist, und diese erst zum Januar eine Tarifänderung vorzunehmen gedenken. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, vielmehr ist dem Magistrat aufgefordert, sich mit den aus der Diskussion ergebenden Konsequenzen zu befassen und die Deckung der Mehrausgaben durch andere Mittel (Verzicht auf die Abgabe an die Kammereilasse, Stromerlaß u.ä.) herbeizuführen. Eine Umgehung der Tarifierhöhung dürfte selbst nach Ansicht der Direktion für die Straßenbahn größere wirtschaftliche Vorteile bringen.

## Die Wahrheit über die Straßauer Vorgänge

Durch die bürgerliche Presse, auch die, die sich den Anschein gibt, das Borgehen gegen die Reaktion zu unterstützen, werden über die Vorgänge in Alt-Straßau die verlogensten Meldungen verbreitet. Immer wieder wird behauptet, daß die Arbeiter ein harmloses Vergnügen gewaltsam unterbrochen und gestört hätten. Es wird behauptet, die Schupo, die von Freunden der Festbesucher herbeigeholt worden sei, habe diese vor einer zäufelhaften Menge schütten müssen.

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß es sich tatsächlich um eine Sedanfeier gehandelt hat, die trotz des Festbesuches stattfinden sollte. Zu dieser ist durch Handzettel eingeladen worden. Die Vertreterin der Festeil ist festgestellt worden.

Die Bewohner Straßaus hätten von dieser Veranstaltung, die durch die dortigen vorkämpferischen Lokalgrößen arrangiert war, Kenntnis erhalten und sich in keiner Zahl vor dem Lokal eingefunden. Eine Abordnung von drei Mann forderte von dem Besizer die Aufhebung der verbotenen Festeil. Diese Abordnung sowie ein anderer Mann, der seinen Verwandten, der bei der Festeil als Musikanst mitwirkte, heraushehlen wollte, wurden sofort mit dem Revolver bedroht, blutig geschlagen und gewaltam herausgedrängt.

Die anwesenden Reichwehroffiziere aus Treptow waren hieran hervorragend beteiligt. Das Lokal war vorher schon militärisch gesichert worden. Auf den Dächern und auf dem Wasser waren Posten ausgestellt. Auf ein Pfeifensignal eines Zivilisten setzte die Schießerei vom Lokal aus ein. Erst dadurch wurde eine größere Anzahl Bewohner der Umgegend aufmerksam, die nun hinzueilten.

Die „entwaffnete Ortschaft“ konnte bei diesem Ueberfall und Provokations-zug sogar mit einer Maschinengewehrpatrone schießen. Erst nach dem Eintreffen der von den Arbeitern herbeigeholten Schupo wurde die Festeil eingestellt, nachdem vorher versucht worden war, die Schießenden durch Steinwürfe abzuwehren. Nach dem Eintreffen der Schupo verließen die Besucher der Festeil das Lokal auf dem Wasserwege. Dadurch konnte von den Polizeibeamten nur einem Teil die Waffen abgenommen wer-

